



Presseschau vom 10.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Wladislaw Sankin: **Ukraine aufrüsten und siegen lassen – Kriegstromele von Literaturnobelpreisträgerinnen**

Derzeit steht die Bundesregierung enorm unter Druck – sie müsse der Ukraine endlich mal Waffen liefern. Auch in der deutschen Presse sympathisiert man mit dem Vorhaben und sucht Bekräftigung bei zwei miteinander befreundeten Schriftstellerinnen: Herta Müller und Swetlana Alexijewitsch. ...

<https://kurz.rt.com/2t8c>

Karin Leukefeld: **Deutsche Außenministerin im Nahen Osten**

Die deutsche Außenministerin Baerbock ist am Mittwoch zu ihrer ersten Reise in den Nahen Osten aufgebrochen. In Fortsetzung der bisherigen deutschen Außenpolitik wird auch bei der ersten Nahost-Reise von Annalena Baerbock der Schwerpunkt deutlich auf Israel liegen. Bis heute werden die Rüstungslieferungen an Israel teilweise oder sogar ganz von der Bundesregierung mit Steuergeldern finanziert, als sei das eine Art "Wiedergutmachung". ...

<https://kurz.rt.com/2tay>

de.rt.com: **Sergei Karaganow: Geht nicht um Ukraine – Russlands historische Lektion im Umgang mit der NATO**

Sergei Karaganow, Politikexperte und Ehrenvorsitzender des Rates für Außen- und

Verteidigungspolitik der Russischen Föderation, erklärt in einem Gastbeitrag für RT, wie Russland aus seinen vorherigen Schwächen im Umgang mit der NATO eine Lektion gelernt hat. ...

<https://kurz.rt.com/2t9a>

de.rt.com: **"Dümmste Energie-Politik der Welt": Explodierende Strompreise und Zerstörung der Landschaft**

Die Ampel-Koalition ist noch keine hundert Tage im Amt, da spitzen sich diverse Probleme der Energieversorgung zu, die sie von der Vorgängerregierung geerbt hat. Das Vorhaben, auf erneuerbaren Strom zu setzen, könnte sich als fatal erweisen, in ökologischer wie sozioökonomischer Hinsicht.

<https://kurz.rt.com/2ta5>

Dagmar Henn: **Friedensgesäusel zu Kriegstrommeln**

Der Frieden sei ihnen so wichtig, betonte Scholz und mit ihm mehrere europäische Kollegen. Nur – stimmt das überein mit dem, was sie tun? Es ist ja nicht so, als würde unmittelbar vor Kriegen nicht vom Frieden geredet, ganz im Gegenteil. Es wird nur nicht für den Frieden gehandelt.

<https://kurz.rt.com/2tb3>

Liudmila Kotlyarova: **„Kenne nicht das Kalkül von Präsident Putin, aber...“ – Deutschlands Topdiplomate bei OSZE Exklusiv**

Laut dem Ständigen Vertreter Deutschlands bei der OSZE (2012-2015) und Botschafter a. D. Rüdiger Lüdeking hat die Bundesregierung eine historische Verantwortung nicht nur gegenüber der Ukraine, sondern auch gegenüber Russland. Damit widerspricht er in einem SNA-Interview den führenden deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger und Christoph Heusgen. ...

<https://snanews.de/20220210/deutschlands-topdiplomate-bei-osze-ukraine-5303582.html>

de.rt.com: **Aufruf der Zivilgesellschaft zur Ukraine-Krise: "Friedenspolitik statt Kriegshysterie"**

Ein Aufruf, der von vielen namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben wurde, fordert ein sofortiges und drastisches Umdenken im Umgang mit Russland. Man müsse die Sicherheitsbedenken Russlands ernst nehmen und ein kollektives Sicherheitssystem für Europa schaffen. ...

<https://kurz.rt.com/2taw>

de.rt.com: **Britische Presse feiert ukrainische Kriegsverbrecherin – DW ehrte sie mit einem Preis**

In gleich drei britischen Boulevardblättern sind Artikel erschienen, die eine ukrainische Scharfschützin heroisieren. Ein ebenfalls veröffentlichtes Video zeigt die Tötung von zwei Menschen. Die "Deutsche Welle" (DW) hatte 2013 den Blog dieser rechtsradikalen Holocaustleugnerin mit einem Preis ausgezeichnet, diesen nach Protesten jedoch zurückgezogen. ...

<https://kurz.rt.com/2t9w>

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **Baerbock im deutsch-russischen Porzellanladen**

Im Streit um die Zulassung des deutschsprachigen Fernsehprogramms von RT hat Bundesaußenministerin Baerbock das von Russland angebotene Gespräch verweigert. Noch keine 100 Tage im Amt, und schon ist die Grünen-Kriegerin bereit, unser Land "einen sehr

hohen Preis zahlen" zu lassen. ...

<https://kurz.rt.com/2tbh>

de.rt.com: **Entdeckerin sollte glimpfliche Omikron-Symptome vertuschen: "Sie bringen mich nicht zum Schweigen"**

Die Ärztin, die als erste die Omikron-Variante des Coronavirus entdeckt hatte, erklärt in einem Interview, dass europäische Regierungen starken Druck auf sie ausgeübt hätten, um den meist glimpflichen Verlauf einer Infektion mit der Variante zu verschweigen. "Meine Berichte haben sie aus der Spur gebracht", erklärte sie. ...

<https://kurz.rt.com/2tbr>

abends/nachts:

de.rt.com: **Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten Kolumbiens – Russische Botschaft dementiert**

Die Botschaft der Russischen Föderation in Kolumbien hat am vergangenen Freitag zuvor getätigte Anschuldigungen des kolumbianischen Verteidigungsministers dementiert, wonach Russland zusammen mit Iran und Venezuela eine militärische Intervention an der kolumbianischen Grenze vorbereiten soll.

Der kolumbianische Verteidigungsminister Diego Molano wirft Russland vor, sich in die inneren Angelegenheiten Kolumbiens einzumischen. Im Zuge einer geheimdienstlichen Aufklärungsmission wegen anhaltender Gefechte an der venezolanischen Grenze hätte das kolumbianische Verteidigungsministerium festgestellt, dass die Bolivarische Republik Venezuela mit Unterstützung Russlands und Irans Truppen und Waffen in den an Kolumbien angrenzenden Gebieten mobilisieren würde.

Molano versicherte während einer Pressekonferenz vergangene Woche, dass die Streitkräfte Venezuelas, Fuerza Militar Bolivariana (FANB), "Männer und Einheiten" unter technischer Zuhilfenahme Russlands und Irans an die kolumbianische Grenze verlegt hätten. Weiter sagte er, der Guerillakrieg im kolumbianischen Departamento de Arauca sei "nicht in Arauca entstanden, sondern auf der anderen Seite der Grenze". Damit deutete er an, dass die dortigen Auseinandersetzungen durch Interventionen ausländischer Kräfte zustande kämen, "um die Dissidenten der Farc zu entfernen".

In dem Gebiet finden seit Jahren verschiedenste Auseinandersetzungen zwischen den Interessengruppen der "ELN-Guerilla" und der verbündeten "Nueva Marquetalia" und den "Farc-Dissidenten" statt.

Die in Arauca ansässigen Basisorganisationen widersprechen jedoch den Aussagen des Verteidigungsministers. Vielmehr ginge es in der Region um einen Krieg narco-paramilitärischer Strukturen gegen die soziale Bewegung Kolumbiens. Hinter den Strukturen sollen die Farc-Dissidenten stecken, die verdächtigt werden, unter dem Einfluss des kolumbianischen Staates zu stehen.

Russlands diplomatische Vertretung in Kolumbien wies die von Molano erhobenen Vorwürfe derweil energisch zurück. In einer Meldung auf der offiziellen Website verkündete die Vertretung, dass die Botschaft der Russischen Föderation in der Republik Kolumbien über die ständigen Versuche, Russland einer angeblichen "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kolumbiens" zu beschuldigen, "verblüfft" ist:

"Leider hat sich der Verteidigungsminister Diego Molano, der am 3. Februar 2001 in seiner unermüdlichen Suche nach fiktiven Feinden unter Berufung auf unbestätigte 'nachrichtendienstliche Daten' von einer 'ausländischen Intervention' an der Grenze zum Nachbarstaat sprach, die angeblich mit Unterstützung und technischer Hilfe u. a. aus Russland durchgeführt wird, auch in dieser Hinsicht 'hervorgetan'."

Gleichzeitig hob die russische Botschaft das Gespräch zwischen dem russischen Botschafter und der kolumbianischen Außenministerin Martha Lucía Ramírez hervor, das in "gutem Einvernehmen" geführt worden sei:

"Diese unverantwortlichen Äußerungen des Kabinettsmitglieds erscheinen angesichts des Treffens von Präsident Iván Duque mit den Leitern der akkreditierten diplomatischen Vertretungen, das am selben Tag stattfand, noch unangemessener. Im Rahmen dessen sprach sich der kolumbianische Präsident für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Bogotá und der Außenwelt aus und plädierte in einem kurzen Gespräch mit dem russischen Botschafter, zusammen mit der Vizepräsidentin und Außenministerin Marta Lucía Ramírez, für den Ausbau der Zusammenarbeit, auch im Zusammenhang mit der baldigen Abreise des neu ernannten kolumbianischen Botschafters in Russland nach Moskau."

Laut dem Nachrichtenmagazin Infobae steht Molano aufgrund seiner unbewiesenen Anschuldigungen gegen Russland nun unter starker Kritik. So würde er durch seine getätigten Äußerungen gegen Russland "aus diplomatischer Sicht eine Gefahr für das Land darstellen" können, heißt es in dem Bericht vom letzten Freitag:

"Es ist nicht das erste Mal, dass Molano als Leiter des Verteidigungsressorts falsche Behauptungen aufgestellt hat, und nun hat er bei einer neuen Gelegenheit Bemerkungen gemacht, die von einem mächtigen Land wie Russland zurückgewiesen werden."

Bereits in der Vergangenheit hatte Molano unbewiesene Anschuldigungen gegen Russland geäußert. Im Zuge der Proteste der sogenannten "sozialen Explosion" im letzten Frühjahr beschuldigte Molano Russland, für die Cyberangriffe gegen die Streitkräfte verantwortlich zu sein. Die Webseite der kolumbianischen Streitkräfte konnte während der ersten Wochen der Proteste nicht mehr aufgerufen werden. Auch damals warf die russische Botschaft dem Verteidigungsminister unhaltbare Unterstellungen vor.

Einige Monate später stellte sich heraus, dass das kolumbianische Militär den Cyberangriff inszeniert hatte, um das durch vorangegangene Unruhen stark verschlechterte Image des Verteidigungsministeriums zu verbessern. Hierfür wurde das IT-Unternehmen Alotrópoico S. A. S. für umgerechnet rund 200.000 Euro beauftragt, erklärte die kolumbianische Stiftung für Pressefreiheit (Fundación para la Libertad de Prensa).



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6203bc94b480cc41d8104b8d.jpg>

snanews.de: **Russland wird an Münchner Sicherheitskonferenz nicht teilnehmen – Außenamt**

Zu der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz werden keine russischen Vertreter reisen. Dies teilte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch bei einem Briefing in Moskau mit.

„Aus verschiedenen Gründen werden russische offizielle Vertreter nicht an der

bevorstehenden Sitzung der Münchner Sicherheitskonferenz vom 18. bis 20. Februar dieses Jahres teilnehmen“, sagte Sacharowa.

Ihr zufolge hat sich die Veranstaltung in den letzten Jahren zunehmend in ein „transatlantisches Forum“ verwandelt und dabei an Inklusivität und Objektivität verloren. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gab zuvor bekannt, dass der Präsident Wladimir Putin nicht plane, in diesem Jahr an der Konferenz teilzunehmen.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist ein informelles Diskussionsforum, welches aktuelle Fragen der internationalen Machtverhältnisse, der Stärkung des Völkerrechts, aber auch der demokratischen Weltordnung erörtert. Sie findet jährlich im Bayerischen Hof statt. Es werden in München keine Communiqués und Vereinbarungen unterzeichnet. Zugleich bleibt die Konferenz ein wichtiger und relativ neutraler Treffpunkt und Diskussionsort für Politiker und Diplomaten von Weltrang.

Zu der Veranstaltung vom 18. bis 20. Februar werden die US-Vizepräsidentin Kamala Harris und Kanzler Olaf Scholz sowie etwa 35 weitere Staats- und Regierungschefs erwartet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46335_0:167:3047:1881_1920x0_80_0_0_eb9666344090a59dc628a1849a456123.jpg

snanews.de: **Außenminister Kuleba: Kiew erfüllt Minsker Abkommen, aber nicht zu Bedingungen Moskaus**

Laut dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba weigert sich Kiew nicht, die Minsker Abkommen zur Beilegung des Konflikts im Donbass zu erfüllen, aber nicht zu den von Russland gestellten Bedingungen.

„Der Satz, laut dem die Minsker Abkommen erfüllt werden müssen, ist wie ‚Vater unser‘ und wird von allen wiederholt. Die Frage stellt sich anders: Sollen die Minsker Abkommen zu Bedingungen Russlands, in einer russischen Interpretation oder aber in ihrer echten, durch Russland nicht verdrehten Form erfüllt werden? Daher sagen wir, dass wir die Minsker Abkommen nicht zu Bedingungen Russlands erfüllen werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir die Minsker Abkommen im Prinzip nicht erfüllen werden“, sagte Kuleba am Mittwoch in einem Briefing, das live über das Internet übertragen wurde.

Der Minister fügte hinzu, dass der französische Staatschef Emmanuel Macron bei seinem Kiew-Besuch, der kurz nach seinen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin stattfand, die ukrainische Führung nicht dazu bewogen habe, die Minsker Abkommen zu Bedingungen Moskaus einzuhalten.

Zuvor hatte Macron nach den Verhandlungen in Kiew erklärt, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenski den Wunsch bekräftigt habe, die Minsker Abkommen zu erfüllen.

Westliche Politiker, darunter auch US-Präsident Joe Biden, haben sich wiederholt für die Minsker Abkommen ausgesprochen. Wie Biden nach seinen Verhandlungen mit dem

russischen Präsidenten im Juni 2021 in Genf erklärte, habe er sich mit Putin darüber geeinigt, die Minsker Abkommen zu unterstützen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilte später mit, Biden habe dem russischen Präsidenten beim Gipfeltreffen in Genf gesagt, dass er zur Umsetzung der Minsker Abkommen in der Donbass-Frage, darunter zur Verleihung des Autonomiestatus an die Region, beitragen wolle. Zudem haben US-Vizestaatssekretärin Victoria Nuland und CIA-Direktor William Burns laut Lawrow bei Kontakten mit der russischen Führung die Notwendigkeit bekräftigt, die Minsker Vereinbarungen, darunter über den Sonderstatus des Donbass, zu erfüllen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/09/5300077_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2310f902f02f35a363c1fa8a7da19880.jpg

de.rt.com: **Trotz massiver Proteste: Slowakisches Parlament billigt umstrittenes Militärabkommen mit USA**

Das slowakische Parlament hat einen umstrittenen Militärvertrag mit Washington durchgesetzt, der seit Wochen für heftige Proteste im Land gesorgt hatte. Er ermöglicht den USA, ihre Militärpräsenz in dem direkt an die Ukraine angrenzenden EU-Land zu verstärken. Trotz massiver Proteste: Slowakisches Parlament billigt umstrittenes Militärabkommen mit USA

Am Mittwoch hat das slowakische Parlament nach Wochen polarisierender Diskussionen einen umstrittenen Verteidigungsvertrag mit den USA gebilligt. 79 der 140 anwesenden Abgeordneten sprachen sich für das Abkommen aus, während 60 dagegen stimmten. Der Vertrag, der bereits am 3. Februar von US-Außenminister Antony Blinken und dem slowakischen Verteidigungsminister Jaroslav Naď unterzeichnet wurde, muss nun noch von der Präsidentin des Landes Zuzana Čaputová ratifiziert werden, was als sehr wahrscheinlich gilt.

Das Abkommen sieht vor, dass die USA die slowakischen Militärflugplätze Malacky und Sliač zehn Jahre kostenlos nutzen dürfen und dafür 100 Millionen US-Dollar an Bratislava bereitstellen, um die Objekte zu modernisieren. Gegner des Vertrags sehen darin eine Bedrohung für die staatliche Souveränität und befürchten, dass das Land dadurch in eine Konfrontation mit Russland hineingezogen werden könnte.

Außerdem bedeutet die Unterzeichnung des Abkommens eine Möglichkeit für die USA, angesichts wachsender Spannungen im Ukraine-Konflikt ihre militärische Präsenz in dem direkt an die Ukraine angrenzenden EU-Land zu verstärken.

Zuvor hatte es auf den Straßen Bratislavas und anderer slowakischer Städte bereits wochenlange Demonstrationen gegen den Vertrag gegeben. Erst am Dienstag versammelten sich Tausende Bürger vor dem Parlamentsgebäude in Bratislava, um gegen die Vereinbarung mit Washington zu protestieren. Auch innerhalb des Parlaments wurde eine Sitzung am Dienstag von tumultartigen Auseinandersetzungen überschattet.

Im Januar hatte sich zudem die Generalstaatsanwaltschaft gegen den Vertrag ausgesprochen. Er sei einseitig zugunsten der USA formuliert und schränke in verfassungswidriger Weise die staatliche Souveränität der Slowakei ein. Auch innerhalb der Regierungsparteien gab es Skeptiker. Der konservative Verteidigungsminister Nad' rechtfertigte den Vertrag indessen als Sicherheitsgarantie für die Slowakei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6203fe24b480cc7c351c5906.jpg>

de.rt.com: **Iran ruft "unabhängige Staaten" zum Kampf gegen Sanktionen auf**
Irans Präsident Ebrahim Raisi betonte den Willen Irans, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, die im Kampf gegen "Hegemonen" an der vordersten Front stehen. Dadurch könne man die Auswirkungen der durch diese Staaten verhängten Sanktionen neutralisieren.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat zur Zusammenarbeit zwischen "unabhängigen Nationen" aufgerufen, um Sanktionen zu begegnen. Dies berichtete die iranische Nachrichtenagentur Tasnim. Raisi bekräftigte die strategischen Beziehungen seines Landes mit den Staaten, die er als "an der vordersten Front im Kampf gegen Hegemonen" bezeichnete.

Der iranische Präsident tätigte seine Äußerungen während eines Treffens mit dem neuen kubanischen Botschafter in Iran am 8. Februar. Er erklärte:

"Durch die Förderung der Beziehungen und die Erfüllung der gegenseitigen Forderungen können unabhängige Staaten die Drohungen und Sanktionen des globalen Hegemons zunichte machen und neutralisieren."

Raisi wies auf die engen Beziehungen zwischen Kuba und Iran hin. Der karibische Staat leidet inzwischen seit 60 Jahren unter US-Sanktionen. Teheran habe strategische Beziehungen mit allen Staaten, "die an der vordersten Front im Kampf gegen die Hegemonen stehen."

Kuba und Iran habe der gemeinsame Antiimperialismus näher gebracht, sagte Raisi und fügte hinzu:

"Die engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sollten in allen Bereichen, einschließlich der Wirtschaft, des Handels und der Kultur, im Einklang mit den Interessen der beiden Nationen ausgebaut werden."

Der neue kubanische Botschafter bekräftigte seinerseits die "starken" und "brüderlichen" politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Der für Wirtschaftsfragen zuständige iranische Vizepräsident Mohsen Rezai hatte sich mit dem kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel im Januar in Nicaragua getroffen. Rezai erklärte bei dem Treffen, der Iran sei bereit, die Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Inselstaat zu stärken. Und zwar mit dem Ziel, den Auswirkungen der Sanktionen zu begegnen, die seitens der "gemeinsamen Feinde" verhängt wurden.

Iran respektiere die kubanische Regierung, das kubanische Volk sowie ihren Widerstand

gegen die "exzessiven Forderungen der Unterdrücker". Teheran sei entschlossen, seine Beziehungen mit Kuba auszubauen. Wie die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtete, hätten beide Seiten ihren "festen politischen Willen" bekräftigt. Iran und Kuba verfolgten das Ziel, den "von den Vereinigten Staaten verhängten zwangsbasierten unilateralen Mitteln (Sanktionen)" entgegenzuwirken. Denn diese kämen in beiden Staaten einer Blockade gleich.

Kuba und Iran unterhalten seit August 1979 ununterbrochene diplomatische Beziehungen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6203b07148fbef508621bbdd.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Verstärkung der NATO-Ostflanke: US-Militär verlegt Soldaten aus Vilseck nach Rumänien**

Das US-Verteidigungsministerium hatte letzte Woche angekündigt, weitere 3.000 Soldaten nach Polen, Rumänien und Deutschland zu entsenden. Aus dem oberpfälzischen Vilseck werden 1.000 Soldaten samt schwerer Ausrüstung nach Rumänien verlegt, wo die NATO bereits länger massive Präsenz unterhält.

Während Deutschland Soldaten nach Litauen schickt, verlegt das US-Militär knapp 1.000 Soldaten samt Panzern und Militärfahrzeugen von ihrem Standort Vilseck in der Oberpfalz nach Rumänien. Ein Teil der zum 2. Kavallerie-Regiment gehörenden Kräfte sei bereits abgereist, sagte Kommandant Joe Ewers am Mittwoch. Innerhalb der nächsten Tage sollen sich die weiteren Soldaten auf den Weg machen. Der Fokus der Mission liege auf Training, betonte Ewers. Wie lange die Soldaten in Rumänien bleiben werden, sei offen.

Insgesamt entsenden die Vereinigten Staaten angesichts der Ukraine-Krise fast 3.000 zusätzliche Soldaten nach Polen und Rumänien. Aus Vilseck sollte laut Pentagon eine Stryker-Staffel mit etwa 1.000 US-Soldaten nach Rumänien verlegt werden.

In der vergangenen Woche erklärte der Pentagon-Pressesprecher John F. Kirby, dass diese Kräfte nicht in der Ukraine eingesetzt werden. Gleichzeitig berief er sich auf die Notwendigkeit der Unterstützung von NATO-Verbündeten nach dem Artikel 5, wonach ein Angriff auf einen Verbündeten als ein Angriff gegen alle Verbündeten betrachtet werde. Die Ukraine ist allerdings bisher kein NATO-Mitglied.

"Die 82. Luftlandedivision verlegt Teile eines Infanterie-Brigade-Kampfteams und wichtige Unterstützungseinheiten nach Polen, und das 18. Luftlandekorps verlegt ein Joint-Task-Force-fähiges Hauptquartier nach Deutschland", so Kirby. In Polen trafen US-Truppen bereits am Samstag ein.

Am Dienstag verkündete der rumänische Verteidigungsminister Vasile Dincu: "Die Amerikaner sind angekommen." Demnach waren die ersten 100 US-Soldaten eingetroffen,

und es werde nicht mehr lange dauern, bis der Rest der zusätzlichen US-Truppen kommt. Die 1.000 zusätzlichen US-Soldaten werden sich den rund 900 US-Soldaten anschließen, die sich bereits in dem Land befinden, das seit 2004 Mitglied der NATO ist und ein Raketenabwehrsystem beherbergt, welches bereits in der Vergangenheit mehrfach zum Streitpunkt wurde, weil es – wie auch ein entsprechendes Raketenabwehrsystem in Polen – die nationale Sicherheit Russlands bedroht.

Außerdem unterhält die NATO eine multinationale Landstreitkraft mit bis zu 4.000 Soldaten in Rumänien als Anrainer des Schwarzen Meeres, das auch eine 600 km lange Grenze mit der Ukraine teilt. Schon im Frühjahr vergangenen Jahres hieß es, Rumänien müsse seine Kapazitäten ausbauen, um "im Falle einer Krise oder eines Konflikts, die eine kollektive Reaktion erfordern, weitere NATO-Flugzeuge" aufnehmen zu können. Damals wurde damit begonnen, den ehemaligen sowjetischen Stützpunkt Campia Turzii als Drehkreuz für NATO-Operationen in der Schwarzmeerregion auszubauen, was die USA mit 152 Millionen Dollar finanziert hatten.

Jüngst hat auch Frankreich verlautbart, dass es plant, Truppen nach Rumänien zu entsenden. Paris könne die Führung einer künftigen NATO-Mission übernehmen, an der etwa 1.000 Soldaten aus verschiedenen Ländern teilnehmen könnten. Die NATO-Verteidigungsminister treffen sich Mitte Februar und könnten diesen Vorschlag konkretisieren. Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly verkündete bereits letzte Woche, dass diesen Einsatz vorbereitende französische Fachleute schon in Rumänien eingetroffen seien.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte am Montag, dass die NATO eine längerfristige militärische Präsenz in Osteuropa in Erwägung ziehe. Bisher unterhält das US-Militär im deutschen Grafenwöhr und dem benachbarten Vilseck seinen größten Standort in Europa. Einem Sprecher zufolge sind dort derzeit rund 12.000 Soldaten stationiert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6203dcb6b480cc7bcc0a8d86.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 9. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Moskau: Londons Besessenheit von der Ukraine ist unverständlich

Washington und London sind laut dem russischen Botschafter in Großbritannien für die Verschlimmerung der Beziehungen Moskaus zum Westen verantwortlich. Der Westen gebe Milliarden von Geldern an die Ukraine, die andernorts viel effizienter hätten verwendet werden können.

Das Vereinigte Königreich sei "besessen" von der Ukraine, die riesige Summen britischer und EU-Gelder verschlinge, die für ihre eigenen Bedürfnisse verwendet werden könnten. Darauf wies der russische Botschafter in London Andrei Kelin am Mittwoch in einem Interview mit RT hin.

Außerdem kritisierte der Diplomat die USA, die seiner Meinung nach zunehmend auf Sanktionen und Einschüchterung statt auf Diplomatie setzen. Er beschuldigte sowohl Washington als auch London, hinter dem schlechten Zustand der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu stecken.

Kelin erklärte, er bedauere, dass sich die Beziehungen zwischen London und Moskau im Zuge der Ukraine-Krise so stark verschlechtert hätten. Er fügte hinzu, er sehe in der britischen Besessenheit mit Kiew nicht viel Logik. Der Gesandte Russlands hob hervor:

"Ich verstehe wirklich nicht, warum sich das Vereinigte Königreich so sehr auf die Ukraine konzentriert, auf die Notwendigkeit, die Ukraine zu unterstützen. Die Ukraine verbraucht Geld von Frankreich, Großbritannien, der Europäischen Union, der Weltbank. Das sind Milliarden und Abermilliarden von US-Dollar, die gerade in diesen Tagen viel effizienter ausgegeben werden könnten."

Zum Stand der Beziehungen zwischen Russland und der NATO im Zusammenhang mit der Ukraine warf der Botschafter dem Militärblock vor, frühere Vereinbarungen mit Moskau zu brechen. Insbesondere durch die Verstärkung ihrer militärischen Präsenz in Osteuropa verstoße die NATO gegen die im Jahr 1997 geschlossene Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit, so Kelin. Das von der NATO und Russland in Paris unterzeichnete Dokument verbietet dem Block die Stationierung von Atomwaffen oder ständigen Streitkräften in den neuen Mitgliedsstaaten. Außerdem wurde darin der Rahmen für den Dialog zwischen der NATO und Russland festgelegt, der nach den Ereignissen in der Ukraine im Jahr 2014 fast zum Erliegen gekommen war.

Laut dem Botschafter sind die USA und das Vereinigte Königreich die Hauptantriebskräfte hinter den zunehmenden Spannungen zwischen dem kollektiven Westen und Russland.

Washington habe offenbar "vergessen, dass es Diplomatie gibt". Die USA setzten nun "Sanktionen, Druck, Einschüchterung und Ultimaten" als ihre wichtigsten Waffen ein.

Moskau werde jedoch keinen Druck dulden, betonte Kelin und fügte hinzu:

"Natürlich werden wir bei Sanktionen niemals flexibel sein. Wenn sie verhängt werden, werden wir sie erwidern. Wir werden auf gleicher Basis reagieren."

Er hob hervor, dass die EU-Sanktionen nur dazu beitragen, Russlands Widerstandsfähigkeit zu verbessern.

Jeder Versuch, die öffentliche Aufmerksamkeit von innenpolitischen Problemen auf eine vermeintliche "russische Bedrohung" zu lenken, sei äußerst schädlich für die europäische Sicherheit, so der Botschafter. Er wies zudem darauf hin, dass eine Reihe von Ländern die Konfrontation zu ihrem politischen Vorteil ausnutzten. Seiner Meinung nach ist ein Dialog erforderlich, um echte, greifbare Ergebnisse in den Beziehungen zu Russland zu erzielen.

Kelin betonte:

"Wir brauchen eine friedliche, normale Koexistenz. ... "Wir brauchen eine echte Zusammenarbeit, eine echte Partnerschaft und normale Beziehungen."

In den vergangenen Monaten hat der Westen Russland wiederholt beschuldigt, eine Invasion in die Ukraine zu planen. Moskau weist diese Anschuldigungen stets zurück. Selbst Kiew dementierte die Behauptungen über einen bevorstehenden Angriff. In dem Bemühen um eine Deeskalation der Spannungen hat Russland den USA und der NATO eine Reihe von Vorschlägen für Sicherheitsgarantien unterbreitet. Der Block hat jedoch die wichtigsten Vorschläge Moskaus abgelehnt, darunter die Beendigung der schrittweisen Osterweiterung der NATO.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/6204b235b480cc1b494041ee.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 9. Februar 3:00 Uhr bis 10. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaften **Sajzewo, Dsershinskoje.**

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 2.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde 1 Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: „Bündnisentschlossenheit-2022“: Russland und Belarus starten gemeinsame Übungen

Gemeinsame Militärübungen mit der Bezeichnung „Bündnisentschlossenheit-2022“ haben am Donnerstag im Rahmen des russisch-belarussischen Unionsstaates begonnen. Das wurde vom russischen Verteidigungsministerium bekanntgegeben.

„Auf den allgemeinen Übungsgeländen der Streitkräfte der Republik Belarus hat am 10. Februar im Rahmen der zweiten Etappe der Prüfung der schnellen Eingreiftruppen des Unionsstaates die gemeinsame Übung ‚Bündnisentschlossenheit-2022‘ begonnen“, hieß es. Es würden Aufgaben „zur Unterbindung und Abwehr einer Außenaggression im Zuge einer Verteidigungsoperation sowie zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Schutz der Interessen des Unionsstaates“ ausgeführt.

Bei den Manövern werde der Schutz der Staatsgrenze verstärkt mit dem Ziel, das Eindringen von bewaffneten Milizengruppen zu unterbinden und Kanäle für die Waffen- und Munitionslieferung zu sperren. Eine weitere Aufgabe bestehe darin, illegale bewaffnete Formationen sowie Diversions- und Aufklärungsgruppen des Übungsgegners zu finden und unschädlich zu machen.

Das Training wird auf den Übungsgeländen „Domanowski“, „Goschski“, „Obus-Lesnowski“, „Brestski“ und „Ossipowitschski“ sowie an einzelnen Geländeabschnitten durchgeführt.

Genutzt werden die Flugplätze „Baranowitschi“, „Luninez“, „Lida“ und „Matschulischtschi“

In der ersten Etappe der Prüfung, die bis zum 9. Februar dauerte, wurden eine Truppenverlegung vorgenommen und Truppengruppierungen gebildet. Die Kampfeinheiten übten den Schutz wichtiger staatlicher und militärischer Objekte sowie des staatlichen Luftraums im Rahmen des Einheitlichen regionalen Systems der Luftverteidigungskräfte von

Belarus und Russland.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5301755_0:62:3421:1986_1920x0_80_0_0_0783d077a2701fa64fd144e03c344744.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. Februar um 9:00 Uhr 24.803 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
2304 Personen sind derzeit erkrankt, 19.296 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3203 Todesfälle.

de.rt.com: **"Wegen Russland": Großbritannien will weitere Truppen nach Osteuropa entsenden**

Großbritannien bietet der NATO Berichten zufolge eine Verstärkung seiner militärischen Präsenz in Osteuropa an. London sei bereit, die Zahl der Soldaten in Estland zu erhöhen, weitere Kampfflugzeuge nach Südeuropa zu verlegen und Schiffe im östlichen Mittelmeer einzusetzen.

Die Erweiterung soll am Donnerstag bei einem Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson im Hauptquartier des Bündnisses in Brüssel offiziell vorgestellt werden. Dies teilte das Büro des britischen Regierungschefs am Vorabend der Reise mit. Die vorgeschlagene militärische Aufrüstung nahe der russischen Grenzen werde im Namen des "Schutzes" der NATO-Verbündeten durchgeführt. In einer offiziellen Erklärung, die Johnson zugeschrieben wird, heißt es:

"Als die NATO gegründet wurde, gingen die Verbündeten die historische Verpflichtung ein, die Freiheit jedes Mitgliedstaates zu schützen. Das Vereinigte Königreich bleibt in seinem Engagement für die europäische Sicherheit unerschütterlich."

Das Büro des Regierungschefs präzisierte, dass das Angebot "die Verdoppelung der britischen Truppen in Estland zur Unterstützung der verstärkten Vorwärtspräsenz der NATO, die Entsendung weiterer Jets der britischen Luftwaffe zur Schaffung eines Geschwaders in Südeuropa und die Verlegung der HMS Trent und eines Zerstörers vom Typ 45 in das östliche Mittelmeer" umfasse. Angeblich, um "zum Schutz der Meere und des Himmels in der südöstlichen Ecke der NATO beizutragen".

Die bereits in Polen stationierten britischen Truppen sowie die in den kommenden Wochen in Estland eintreffenden Soldaten sollen "Polen und anderen osteuropäischen Ländern helfen, mit den Auswirkungen einer russischen Aggression fertig zu werden".

London kündigte außerdem an, dass 1.000 weitere britische Soldaten in Großbritannien in Bereitschaft gehalten würden, um die Allianz und ihre Verbündeten "im Falle einer humanitären Krise" zu unterstützen.

Johnson, dessen Rücktritt im Zuge des "Partygate"-Skandals mehrfach gefordert wurde, werde seine bevorstehenden Besuche in Brüssel und Warschau nutzen, um die NATO-Mitglieder aufzufordern, "ihre Solidarität mit den NATO-Verbündeten zu zeigen, die die Hauptlast der russischen Aggression tragen", so sein Büro.

Die Reise des britischen Premierministers nach Kontinentaleuropa fällt mit dem Besuch seiner Außen- und Verteidigungsminister in Moskau zusammen. Liz Truss und Ben Wallace sollen Russland auffordern, die "aggressive Kampagne der hybriden Kriegsführung einzustellen und sinnvolle Gespräche" zu führen.

In den vergangenen Monaten haben die USA und das Vereinigte Königreich Russland beschuldigt, eine Invasion in der Ukraine zu planen. Moskau bestreitet dies vehement und bezeichnet diese Berichte als "Fake News". Auch die Ukraine hat wiederholt westliche Medien und Politiker, die vor einer angeblich bevorstehenden Invasion warnten, aufgefordert, keine Panik zu schüren.

Russland hat mehrfach seine Besorgnis über die fortschreitende Ausdehnung der NATO in Richtung seiner Grenzen und insbesondere über einen möglichen Beitritt der Ukraine zu diesem Militärblock zum Ausdruck gebracht. Moskau bezeichnete den von Kiew angestrebten NATO-Beitritt als eine "rote Linie" und versuchte im Dezember, mit Vorschlägen für Sicherheitsgarantien einen Dialog mit den USA und der NATO wiederaufzunehmen. Nach einer Reihe von Gesprächen lehnten die USA und die NATO die Forderungen Moskaus ab, die unter anderem ein Verbot der Osterweiterung des Bündnisses und die Stationierung von Offensivwaffen entlang der russischen Grenzen vorsahen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6204c213b480cc1a716826b4.jpg>

Mzdnr.ru: Am 9. Februar wurden in der DVR 4394 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1934 positiv, bei 130 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 114 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 14 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 76 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 999 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 437 mit Sauerstoffunterstützung (+22 in den letzten 24 Stunden).

Am 10. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 137.249 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

16.610 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 111.048 als gesund entlassen, es gibt 9591 Todesfälle.

snanews.de: **Scholz trifft sich mit Chefs der Balten-Staaten zu Ukraine-Gipfel**

Nach seiner Reise in die USA und vor dem ersten Besuch in Moskau stimmt sich Kanzler

Scholz in der Ukraine-Krise mit seinen europäischen Bündnispartnern ab. Beim Gipfel mit den Balten-Staaten dürfte es auch um eine Altlast aus DDR-Zeiten gehen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) trifft am Donnerstag die Spitzen der drei baltischen Staaten, um mit ihnen über die Ukraine-Krise zu beraten. Er empfängt am Abend den litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda, die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas und den lettischen Ministerpräsidenten Krišjānis Kariņš im Berliner Kanzleramt.

Estland will DDR-Haubitzen für die Ukraine

Kallas sprach sich vor dem Treffen dafür aus, die Ukraine mit Waffen zur Verteidigung gegen Russland zu versorgen. „Es ist jedem Land selbst überlassen, welche Art von Hilfe es der Ukraine anbieten möchte. Wir halten es für sehr wichtig, der Ukraine in jeder erdenklichen Weise zu helfen“, sagte sie der Deutschen Presse-Agentur.

„Estland ist bereit, Waffen und Munition bereitzustellen, um der Ukraine in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten zu helfen, sich gegen eine russische Aggression zu verteidigen.“

Estland hat bei der Bundesregierung beantragt, neun Artilleriegeschütze in die Ukraine liefern zu dürfen, die aus DDR-Beständen stammen. Eine Zustimmung Deutschlands bei einer Weitergabe dieser Kanonen mit 15 Kilometern Reichweite ist laut Vertrag erforderlich. Deutschland prüft die Anfrage seit Wochen. Die Bundesregierung lehnt die Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine ab.

Die früheren Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen gehören neben Polen zu den EU-Staaten, die an Russland grenzen. Die Balten treten für einen harten Kurs gegenüber Moskau ein und lehnen die Gaspipeline Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland ab.

Normandie-Treffen auf Beraterebene in Berlin

Neben dem Balten-Gipfel gibt es am Donnerstag ein weiteres wichtiges Treffen in Sachen Ukraine-Krise in Berlin: Russland und Ukraine werden zum zweiten Mal seit Beginn des Konflikts um die Massierung russischer Truppe im Westteil Russlands wieder an einem Tisch sitzen. Die außenpolitischen Berater der beiden Präsidenten kommen mit ihren Kollegen aus Deutschland und Frankreich zusammen, die in dem Konflikt vermitteln.

Auch auf anderen Ebenen gehen die Bemühungen um eine Lösung der Krise weiter. US-Präsident Joe Biden telefonierte am Mittwoch mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach dessen Besuchen bei den Staatschefs in Moskau und Kiew. Beide sprachen über laufende diplomatische Initiativen und „Abschreckungsbemühungen“ in enger Abstimmung mit den Verbündeten, teilte das Weiße Haus mit.

Johnson trifft Stoltenberg und reist nach Polen

Auch Großbritannien setzt die diplomatischen Bemühungen im Ukraine-Konflikt fort.

Premierminister Boris Johnson wird am Donnerstagvormittag bei Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Brüssel erwartet und zudem nach Polen reisen. Dort will er mit Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sprechen. Johnson war vergangene Woche nach Kiew gereist.

Die britische Außenministerin Liz Truss traf am Mittwoch zu einem zweitägigen Besuch in Moskau ein. Nach der Landung forderte sie Russland auf, seine Truppen umgehend von der ukrainischen Grenze abzuziehen. „Jedes Eindringen wäre ein riesiger Fehler. Diplomatie ist der einzige Weg, und Russland muss diesem Pfad folgen“, sagte Truss. Ihre Regierung ließ zudem 1000 weitere in Großbritannien stationierte Soldaten in Bereitschaft versetzen, „um die Nato und Verbündete im Falle einer humanitären Krise (in der Konfliktregion) zu unterstützen“. Am Montag hatte das Verteidigungsministerium bereits angekündigt, 350 weitere Soldaten nach Polen zu schicken. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0a/5304959_0:0:2982:1677_1920x0_80_0_0_db68ede_a4f1d9190fac588fbd3d8d511.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Leutnant A.A. Mikushis am 10. Februar 2022

Im Rahmen der von Kiew durchgeführten Informationskampagne mit der Codebezeichnung „Crushing Sword“ stellen wir die **Arbeit von Journalisten der amerikanischen Fernsehsender „NBC“ und „ABC“** in den Gebieten von Staniza Luganskaja und Stschastje sowie eines **Filmteams des rumänischen Fernsehsenders „Antena TV“** im Gebiet von Krymskoje und des **bosnischen Fernsehsender „0 Kanal“** im Gebiet von Sewerodonezk fest. Die Aktivitäten der westlichen Journalisten werden **von regulären Offizieren der Einheiten der Kräfte für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte koordiniert.**

Die Konzentration der ausländischen Medien in den genannten Gebieten ist nicht zufällig. Gerade dort stellt unsere Aufklärung die **Anwesenheit von Gruppen ukrainischer Spezialkräfte** aus dem Spezialzentrum „West“ fest, die **zur Durchführung von Provokationen** eingetroffen sind.

Außerdem haben wir Informationen erhalten, dass von ukrainischen Freiwilligen Schalldämpfer für Schusswaffen an eine Aufklärungskompanie der 30. mechanisierten Brigade geliefert wurden. Im Zusammenhang damit haben die ukrainischen Kämpfer in einer Reihe von Bezirken die Möglichkeit erhalten, provokatives Feuer auf unsere Positionen zu eröffnen, ohne dass dies von OSZE-Beobachtern festgestellt wird.

Die ukrainische Seite verlegt in Verletzung der Minsker Vereinbarungen weiter verbotene schwere Waffen aus den Abzugsorten an die Kontaktlinie in einem Abstand, der es erlaubt, diese operativ zu jeder günstigen Gelegenheit einzusetzen. So hat unsere Aufklärung die Verlegung von zwei Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ aus dem Bestand der 24. mechanisierten Brigade festgestellt. Die „Grads“ sind zurzeit gut getarnt in einem Waldstück im Gebiet von Belogorowka. Dennoch ist uns zuverlässig bekannt, dass die Stationierung von ukrainischen Mehrfachraketenwerfern in diesem Gebiet von einer Drohne der OSZE registriert wurde, aber im Bericht nicht auftauchte. Es muss angemerkt werden, dass der Einsatz ukrainischer Mehrfachraketenwerfer auf das Territorium der Republik seit vielen Jahre nicht festgestellt wurde. Die Stationierung solcher Systeme nicht weit von der Kontaktlinie ist ein weiterer Beweis der aggressiven Absichten Kiews.

Leider ist dies **nicht der erste Fall, dass einige Beobachter der OSZE erfasste schwere ukrainischen Waffen gegenüber ihrer Führung verheimlichen.** Eine solche kriminelle Unterstützung durch einzelne einfache Mitglieder Mission fügt dem gesamten Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass Schaden zu.

Wir erhalten weiter Informationen über die **Ausbildung der ukrainischen bewaffneten Formationen für einen Kampfeinsatz.**

Mit Soldaten der 79. Luftsturmbrigade gehen auf einem Übungsplatz im Gebiet von Nowoajdar die Trainings zum Landen unter Heranziehung von MI-8-Hubschraubern aus dem Bestand der 16. Armeeluftwaffenbrigade weiter.

In der 24. mechanisierten Brigade werden mit dem Personal Übungen zur taktischen Medizin unter Leitung von Offizieren des Sanitätsdienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ durchgeführt.

Außerdem wurde in der 24. Brigade die Arbeit des SBU zur Konfiszierung von Mobiltelefonen festgestellt, um das Durchsickern von Informationen über die Vorbereitung des Verbandes auf eine Angriffsoperation zu verhindern.

Dem Kommando der bewaffneten Formationen ist bewusst, dass nicht alle Kämpfer bereit sind, ihr Leben bei dem in Vorbereitung befindlichen Angriff für das kriminelle oligarchische Regime zu geben.

In diesem Zusammenhang ist in der 24. mechanisierten Brigade die Anwesenheit der Gruppe zur moralisch-psychischen Betreuung „Sigma“ festzustellen, die das Personal auf potentielle Deserteure und Soldaten, die an der Richtigkeit einer gewaltsamen Lösung des Konflikts im Donbass zweifeln, überprüft.

Um unzuverlässige Soldaten in den Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte zu entdecken, arbeiten auch gemeinsame Gruppen des SBU und des militärischen Rechtsordnungsdienstes.

Am 6. Februar wurde in der 30. mechanisierten Brigade der Unteroffizier Tkatschenko, der aus Krasnodon stammt, festgenommen und aus dem Stationierungsort fortgebracht, er hatte offen seinen Zweifel am Erfolg einer Angriffsoperation geäußert. Seit Aufenthaltsort ist derzeit unbekannt.

Trotz der lautstarken Erklärungen der ukrainischen Nationalisten über die Notwendigkeit der Lösung des Konflikts auf gewaltsamen Weg glauben die Radikalen nicht an einen Erfolg der sogenannten „Befreiungsmilitärkampagne“, die von Selenskij und seinem Team vorbereitet wird. Nach Angaben der geheimdienstlichen Aufklärung ist die **Stärke der nationalistischen Organisationen in Charkow in den letzten 10 Tagen erheblich zurückgegangen.** Die Mitglieder dieser Gruppe fürchten, dass im Fall eines Scheiterns der Angriffsoperation sie die Vergeltung der Bevölkerung erreicht und suchen sich neue Wohnorte, insbesondere in der Oblast Transkarpatien. Die Familienmitglieder der Mehrzahl der Radikalen haben Charkow bereits verlassen und gewöhnen sich dort ein.

So setzt Kiew den Kurs auf eine Verschärfung fort und rechnet mit einem gewaltsamen Weg der Herstellung der Kontrolle im Donbass. Dieses Szenario wird ihnen nicht gelingen. Die Verteidiger der Lugansker Volksrepublik sind voller Entschlossenheit und bereit den Aggressor angemessen abzuwehren.

de.rt.com: **Ungarn bekräftigt Unterstützung für östliche Vakzine: "Zulassung nicht politisieren"**

Obwohl russische und chinesische Vakzine in vielen Staaten rund um die Welt schon zum Einsatz gekommen sind und ihre Wirksamkeit und Sicherheit Ungarns Chefdiplomaten zufolge in der Praxis bewiesen, zögern die EU-Staaten und -Behörden immer noch mit der Zulassung jener Impfstoffe.

Der ungarische Außen- und Handelsminister Peter Szijjarto hat erklärt, dass russische und chinesische Corona-Impfstoffe sicher und wirksam seien, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. In einem Video, das er am Mittwoch auf dem Budapester Flughafen vor seinem Abflug nach Lyon aufnahm und auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte, erklärte der ungarische Chefdiplomat:

"Es ist ganz klar, dass die in Ungarn verwendeten östlichen Impfstoffe gut funktionieren, sie sind sicher und wirksam. Deshalb ist es an der Zeit, dass die internationalen Organisationen in

dieser Frage eine fachliche und keine politische Entscheidung treffen."

Mit den östlichen Impfstoffen meinte Szijarto offenkundig den russischen Impfstoff Sputnik V und den Corona-Impfstoff des chinesischen Konzerns Sinopharm. Während beide Impfstoffe in Ungarn häufig zum Einsatz kommen, werden sie von vielen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht anerkannt.

Ungarns Außenminister reiste nach Lyon, um an einem Treffen der Außen- und Gesundheitsminister der EU teilzunehmen. Auf der Agenda des Treffens steht der weltweite Kampf gegen die Pandemie, wobei der Situation der Entwicklung Staaten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

Szijarto bekräftigte:

"Jetzt ist es an der Zeit, dass die Welt endlich begreift, dass die Entscheidung für einen Impfstoff keine politische Verpflichtung ist. Wenn die ganze Welt versucht, so viele Impfstoffe wie möglich zu bekommen, sollte die Zulassung eines Impfstoffs keine politische Frage sein."

Solange in einigen Staaten die Impfquote noch niedrig sei, bestehe die Gefahr, dass neue Corona-Varianten entstehen.

Ungarn errichtet derzeit eine nationale Produktionsstätte für Vakzine, die ab Ende dieses Jahres einsatzbereit sein soll. Somit will das Land zur globalen Produktion von Impfstoffen beitragen.

Das osteuropäische Land gehörte zu den ersten und bisher nur wenigen EU-Staaten, die nichtwestliche Impfstoffe anerkannt und eingesetzt hatten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6204e64ab480cc1141757473.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Putin: Russland muss rechtlich verankerte Sicherheitsgarantien von USA und Nato erlangen**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag in einem Gratulationsschreiben anlässlich des Tages des Diplomaten auf die Notwendigkeit verwiesen, von den USA und der Nato umfassende Sicherheitsgarantien für Russland zu erlangen. Ein diesbezügliches Telegramm wurde auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.

Das Außenministerium blicke auf eine ruhmreiche Geschichte des treuen Dienstes an der Heimat und des Schutzes ihrer Interessen in der internationalen Arena zurück, heißt es. Und heute kämen die vaterländischen Diplomaten würdevoll ihrer Berufspflicht nach.

Der Präsident betont, dass dank ihrer Bemühungen in vielerlei Hinsicht die gegenseitig vorteilhaften Verbindungen mit ausländischen Partnern auf allen Kontinenten entwickelt würden.

Die Diplomatie helfe auch dabei, die Rechte der Bürger und der Landsleute im Ausland zu verteidigen, trage zur Beilegung von regionalen Konflikten und Krisensituationen bei und spiele bei der Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für eine fortschreitende Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle.

„Die Situation in der Welt weist immer mehr Turbulenzen auf und wird immer angespannter. Das erfordert selbstverständlich zusätzliche hartnäckige Bemühungen um die Gewährleistung der strategischen Stabilität und um die Bekämpfung entstehender Bedrohungen und Herausforderungen – vor allem aber beim Erlangen umfassender und rechtlich verankerter Sicherheitsgarantien von den USA und ihren Nato-Verbündeten.“

Auch die konsequente, systematische Arbeit zur Festigung der Hoheit des Völkerrechts und der zentralen Koordinierungsrolle der Uno sowie zum Aufbau einer gerechten und stabilen, multipolaren Weltordnung bleibe in vollem Maße aktuell, unterstreicht Putin.

Der Präsident bringt seine Zuversicht zum Ausdruck, dass das Außenministerium auch künftig mit vollem Einsatz arbeiten und alles nur Mögliche für die Festigung der Position Russlands in der Weltarena tun werde.

„Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen viel Erfolg bei der Arbeit und den geehrten Diplomatie-Veteranen gute Gesundheit und alles Beste“, fügt der Präsident hinzu.

Russland hat Ende 2021 Entwürfe eines Vertrags mit den USA und eines Abkommens mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Moskau fordert von den westlichen Partnern unter anderem, auf eine Erweiterung der Nato nach Osten, einen Nato-Beitritt der Ukraine und den Aufbau von Militärstützpunkten in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion zu verzichten. Die Dokumente sehen unter anderem die Nichtstationierung von Angriffswaffen an den russischen Grenzen und den Truppenabzug in Osteuropa zu den Grenzen vom Jahr 1997 vor.

Russland hat am 26. Januar eine schriftliche Antwort auf seine Vorschläge erhalten. Wie es vom russischen Außenministerium hieß, haben die westlichen Partner alle Hauptpunkte der Dokumente ignoriert



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5306157_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_93dfa34806badee981e57c8a87240402.jpg

de.rt.com: **Zum Auftakt von Baerbocks Nahostreise: PLO stellt Beziehungen zu Israel ein**
Zum Auftakt der ersten Reise von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock nach Israel eskaliert wieder die Lage zwischen Palästina und Israel. Der palästinensische Zentralrat kündigte die "Beendigung" der Verpflichtungen der palästinensischen Führung gegenüber allen Abkommen mit Israel an, nachdem drei Palästinenser in Nablus durch die israelische Armee getötet wurden.

Zum Auftakt der ersten Reise von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock nach Israel

eskaliert wieder die Lage zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der israelischen Regierung.

Der palästinensische Zentralrat kündigte am Mittwoch die "Beendigung" der Verpflichtungen der palästinensischen Führung gegenüber allen Abkommen mit Israel an, nachdem drei Palästinenser in Nablus durch die israelische Armee getötet wurden.

Israelische Truppen drangen am Dienstag mit Dutzenden Panzern in die Altstadt von Nablus im israelisch besetzten Westjordanland vor. Bei der Militäraktion wurden mindestens drei Palästinenser in einem Fahrzeug durch israelische Sicherheitskräfte erschossen. Das teilte der israelische Inlandsgeheimdienst Schin Bet später offiziell mit. Es habe sich um "Militante" gehandelt, die für "Angriffe auf israelische Soldaten und Zivilisten" verantwortlich gewesen seien.

Die Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden erklärten, dass es sich bei den Toten um Mitglieder ihrer Gruppe gehandelt habe. Die Brigaden stehen in Verbindung mit der Fatah-Partei von Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas. "Israel ist für dieses kriminelle Attentat verantwortlich. Es ist Teil seiner andauernden Verbrechen", sagte Monir Al-Jaghoub, ein Sprecher der Fatah im Westjordanland.

Die Lage im Westjordanland droht allerdings, wieder zu eskalieren. Kurz nach der Ankündigung der IDF-Operation wurde ein israelischer Taxifahrer angegriffen und leicht verletzt, nachdem er versehentlich in Nablus eingefahren war. Dem Fahrer gelang es, zu einer militärischen Straßensperre zu gelangen, wo er medizinisch versorgt wurde.

Nachdem die drei palästinensischen Männer von IDF-Truppen erschossen wurden, beschuldigten viele Palästinenser die Sicherheitskräfte der PA der Zusammenarbeit mit Israel und forderten einen Stopp der Sicherheitskoordinierung mit Tel Aviv. Am Mittwoch riefen Anwohner in mehreren Teilen der Westbank zu einem Generalstreik aus Trauer über die Ermordung der drei Palästinenser aus. Die Al-Aqsa-Märtyrerbrigade drohte, den Tod der drei Palästinenser zu rächen, während die Hamas in Gaza auch die Ermordung der Palästinenser verurteilte. Abertausende von Palästinensern marschierten zuvor am Dienstag in Nablus zur Beerdigung der drei Palästinenser.

"Der Zentralrat bestätigte die Einstellung der Verpflichtungen der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber allen Abkommen mit dem Besatzungsstaat", heißt es in der Erklärung. "Dies beinhaltet die Aussetzung der Anerkennung des Staates Israel, bis er den Staat Palästina an den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennt sowie die Einstellung des Siedlungsausbaus."

Der palästinensische Zentralrat forderte US-Präsident Joe Biden und US-Außenminister Antony Blinken auf, ihrer Verpflichtung zur Zwei-Staaten-Lösung nachzukommen und den israelischen Siedlungsausbau zu verhindern.

Die Erklärung vom Mittwoch wird von einigen Palästinensern als Versuch der palästinensischen Führung angesehen, die Palästinenser nach der Ermordung von drei Fatah-Mitgliedern in Nablus am Dienstag zu "besänftigen". Denn es gibt keine Aussicht darauf, dass das Exekutivkomitee der PLO, nämlich die Autonomiebehörde, diesen Schritt umsetzen würde.

Bundesaußenministerin Baerbock ist am Mittwoch zu ihrer ersten Reise in den Nahen Osten aufgebrochen. In knapp vier Tagen wird sie Israel, Ramallah, Jordanien und Ägypten besuchen. Zum Start ihrer Nahostreise besuchte sie die Holocaustgedenkstätte in Jerusalem. In Ramallah soll Baerbock mit Präsident Mahmud Abbas und Außenminister Riad Malki Gespräche führen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6204e6b448fbef0dffb0d389b.png>

de.rt.com: **Weißrussland will militärisches Sanitätspersonal nach Syrien entsenden**

Bis zu 200 weißrussische Soldaten sollen an der Seite russischer Truppen in Syrien humanitäre Unterstützung für Menschen außerhalb von Kampfgebieten leisten. Der Vertrag muss aber noch von den Außen- und Verteidigungsministern unterzeichnet werden.

Weißrussland will sich im Nahen Osten engagieren. Bis zu 200 weißrussische Soldaten sollen an der Seite russischer Truppen in Syrien humanitäre Unterstützung für Menschen außerhalb von Kampfgebieten leisten. Das geht aus einem von der russischen Regierung am Montag veröffentlichten Vertragsentwurf hervor. Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin habe bereits zugestimmt. Der Vertrag müsse aber noch von den Außen- und Verteidigungsministern unterzeichnet werden.

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko sagte am Dienstag, er habe nicht die Absicht, Truppen nach Syrien zu entsenden, um an der Seite der russischen Streitkräfte im Land zu dienen. Er halte die Tür für einen möglichen Einsatz von Sanitätspersonal jedoch offen, wie die Nachrichtenagentur AP am Dienstag berichtete. Russland führt seit 2015 eine Militäroperation in Syrien durch und arbeitet mit Iran zusammen, um den syrischen Staat bei der Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen. Syrien hat seither die Kontrolle über den größten Teil des Landes nach einem von außen aufgeputschten Konflikt zurückgewonnen. Lukaschenko hat bislang keinen Einsatz genehmigt. "Ich habe niemanden dorthin geschickt", unterstrich der Präsident. Er fügte hinzu, dass Syrien um humanitäre Hilfe gebeten habe und er darüber nachdenke, irgendwann Militärmediziner dorthin zu schicken. "Wenn sie Ärzte brauchen, bieten wir Hilfe an", fügte er hinzu.

Die Ankündigung der möglichen Entsendung von weißrussischem Militärpersonal nach Syrien erfolgt inmitten einer immer enger werdenden Militärkooperation zwischen Russland und Weißrussland. Seit der Ukraine-Konflikt wieder eskaliert hat, demonstriert Moskau eine beispiellose Präsenz im Mittelmeer. Das russische Geschwader, das im syrischen Hafen Tartus stationiert ist, wurde kürzlich durch weitere große Flotten von Kriegsschiffen ergänzt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6204fbe6b480cc66a071b8d4.jpg>

Armijadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 10.02.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade von den Positionen im Gebiet von Showanka aus **Sajzewo (jushnoje)** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Dsershinskoje** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt.

Kämpfer der 95. Brigade haben **Golmowskij** mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern sowie Schusswaffen beschossen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen drei Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** in zwei Ortschaften auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

2 Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Stargnatowka.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet in Nowgorodskoje.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission vom 09.02.2022 bestätigt.

Das hohe Niveau der Korruption in den bewaffneten Formationen der Ukraine erlaubt es den ukrainischen Kämpfern, nicht nur rechtswidrig Geldzahlungen für den Aufenthalt in der Zone der Strafoperation im Donbass zu erhalten, sondern auch sich der Beteiligung an der OOS zu entziehen.

So wird der Kommandeur des 503. Marineinfanteriebataillons beschuldigt,

Bestechungsgeldern im Ausmaß von 10.000 Griwna von ihm unterstellten Soldaten angenommen zu haben, um dafür einen Antrag zu stellen, dass sie für einen zehnwöchigen Lehrgang in einem internationalen Übungszentrum auf Basis der Marinekräfte der USA ausgewählt werden.

Zuvor war das Bataillonskommando der rechtswidrigen Zahlung von Prämien für Ausführung von Aufgaben an der ersten Verteidigungslinie an Soldaten, die sich in rückwärtigen Einheiten befinden, beschuldigt worden. Bei einer Ermittlung gelang es festzustellen, dass die Soldaten einen Teil der erhaltenen Mittel an den Bataillonskommandeur weitergegeben hatten.

snanews.de: **Lawrow vergleicht ukrainischen Außenminister mit Goebbels**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat seinen ukrainischen Amtskollegen Dmitri Kuleba dafür kritisiert, im Umgang mit den Minsker Vereinbarungen die Wahrheit zu verbiegen. Dabei setzte Lawrow die Vorgehensweise des ukrainischen Ministers mit den Finten des Nazi-Propagandisten Goebbels gleich.

Der russische Außenminister traf sich am heutigen Donnerstag mit seiner britischen Amtskollegin Elizabeth Truss in Moskau. Zentrales Thema der Gespräche war der Ukraine-Konflikt.

Lawrow erklärte, seine britische Kollegin daran erinnert zu haben, dass der ukrainische Präsident Selenski ebenso wie seine Minister und Sicherheitsberater öffentlich erklären, die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzen zu wollen. Die unter Vermittlung der deutschen und französischen Regierungen im Jahr 2015 ausgehandelten Vereinbarungen sehen unter anderem direkte Gespräche zwischen der ukrainischen Zentralregierung in Kiew und den Vertretern der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine vor.

Im Anschluss an das Treffen mit Truss sagte Lawrow:

„Außenminister Kuleba hat offen erklärt, dass es den direkten Dialog mit Donezk und Lugansk nicht geben werde, weil die Minsker Vereinbarungen einen solchen Dialog nicht enthielten. Das ist die Goebbels-Schule in Reinform oder es übertrifft vielmehr das Können des Hauptpropagandisten des Dritten Reichs. Denn ohne mit der Wimper zu zucken, Lügen zu verbreiten, das zu leugnen, was vom UN-Sicherheitsrat angenommen und schwarz auf weiß festgehalten wurde, und sich dabei keine Sorgen machen zu müssen, dass London, Paris, Berlin oder Washington einem das nicht durchgehen lassen, das ist dann schon eine sehr bequeme Situation für Demagogen, die momentan für sich beanspruchen, im Recht zu sein bei ihrem Versuch, die Minsker Vereinbarungen umzuschreiben.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0a/5308255_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_2cfc679248f0cfac4774efc5afb3177.jpg

snanews.de: **„Mehr als empörend“: Russischer OSZE-Botschafter über Sendeverbot für RT DE in Deutschland**

Der russische OSZE-Botschafter Alexander Lukaschewitsch hat das Ausstrahlungsverbot für den russischen Fernsehsender RT in Deutschland scharf kritisiert.

„... Die Situation ist mehr als empörend“, sagte er gegenüber dem TV-Sender „Rossiya 24“. Zuvor teilte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, mit, dass Russland die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, aufrufe, eine faire Haltung zur Situation um RT DE und Deutsche Welle einzunehmen.

Die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) hat am 1. Februar

die Veranstaltung und Verbreitung des Fernsehprogramms RT DE in Deutschland untersagt. Zur Begründung hieß es, die erforderliche medienrechtliche Zulassung liege nicht vor. Die RT DE Productions GmbH will ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des deutschen Regulators einlegen. Beim russischen Außenministerium wurde erläutert, dass der Sender seine Tätigkeit anhand der in Serbien erteilten Lizenz und in Übereinstimmung mit dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen, dessen Unterzeichner auch Deutschland ist, ausgeübt hatte.

Das russische Außenministerium kündigte Antwortmaßnahmen gegen die in Russland akkreditierten deutschen Medien sowie gegen Internet-Vermittler an, die willkürlich und unbegründet die Konten des Fernsehsenders von ihren Plattformen entfernt hatten.

Das russische Außenamt erklärte, dass Russland als Antwort auf das Sendeverbot gegen RT DE das Korrespondentenbüro der Deutschen Welle in Russland schließe, allen DW-Mitarbeitern in Russland die Akkreditierung entziehe und satellitengestützte und sonstige Programme des Senders sperre.

Wie eine ranghohe Quelle im russischen Außenministerium gegenüber SNA sagte, handelt es sich um Antwortmaßnahmen gegen die deutschen Medien in Russland. Sollte Deutschland seine Position gegenüber RT DE ändern, würde auch Russland eine positive Antwort geben. Bei einem Moskau-Besuch der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock seien Wege zur Beilegung der Krise um RT DE vorgeschlagen worden. Berlin habe sich jedoch geweigert, sie zu besprechen, so die Quelle.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5307614_0:159:3079:1890_1920x0_80_0_0_86457e2606537056d715c5a9e0e476c4.jpg

de.rt.com: **Mindestens zwei Tote bei Bombenanschlag auf Garnison in Kolumbien**

In Kolumbien häufen sich Angriffe auf Militäreinheiten. Zwei Tage nach einem Anschlag auf eine Armeebrigade in der Provinz Norte de Santander sind mindestens ein Armeeeingehöriger und ein Zivilist bei einer Explosion vor einer Garnison in der Provinz Meta getötet worden. Am 9. Februar ist eine Garnison in der Gemeinde Grandada in der kolumbianischen Provinz Meta angegriffen worden. Der Anschlag ereignete sich am Mittwochabend, als ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug vor dem Infanteriebataillon Nummer 21 explodierte. Dabei kamen mindestens ein Zivilist und ein Soldat ums Leben. Weitere sechs Soldaten erlitten Verletzungen.

Nach Angaben der Zeitung El Colombiano wurde die Bombe gezündet, als der kleine Lieferwagen versuchte, in die Garnison einzufahren, und das Wachpersonal die vorschriftsmäßige Kontrolle des Fahrzeugs durchführte. Durch die Explosion wurde der Unteroffizier Yover Rojas getötet. Auch der Fahrer des kleinen Lieferwagens kam laut Medienberichten ums Leben.

Juan Guillermo Zuluaga, der Gouverneur der Provinz Meta, verurteilte die Attacke als einen

feigen Terrorakt. Er forderte auf Twitter, die Sicherheitsvorkehrungen zu verdoppeln. Die Provinz dürfe nie wieder zu einem Kriegsschauplatz werden.

In der Nacht zum Donnerstag besuchte der kolumbianische Verteidigungsminister Diego Molano den Tatort, um dort eine dringliche Beratung abzuhalten und die Situation vor Ort zu analysieren. Bei seinem Besuch in der Garnison verurteilte er die Attacke aufs schärfste und kündigte eine entschiedene Vorgehensweise gegen die Terrorgruppen in Kolumbien an. Auf Twitter schrieb er:

"Die Gewalttäter irren sich, wenn sie mit ihrem feigen Terrorismus versuchen, auf die Politik Einfluss zu nehmen."

Bislang bekannte sich keine bewaffnete Gruppierung zu dem Anschlag. In den Medien wurde aber darüber spekuliert, dass hinter dem Angriff eine von den FARC abgespaltete Miliz stecken könnte. Die Explosion in der Provinz Meta wurde 48 Stunden nach einer Attacke auf eine Armeebrigade in der Stadt Cúcuta in der Provinz Norte de Santander verübt. Damals hatten Unbekannte drei Bomben auf die Militäreinrichtung geworfen. Glücklicherweise gab es weder Schäden noch Opfer. Für den Angriff wurde die Guerilla ELN verantwortlich gemacht.

Obwohl nach vorläufigen Angaben keine unmittelbare Verbindung zwischen den beiden Attacken besteht, kommen sie im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentenwahlen in dem südamerikanischen Land. Die Parlamentswahlen sind für den 13. März geplant. Die erste Runde der Präsidentenwahlen soll am 29. Mai stattfinden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620508a3b480cc7768529485.jpg>

snanews.de: **Nato erneuert Gesprächsangebot an Kreml – Sorge wegen Truppen**

Die Nato drängt Russland zu weiteren Gesprächen im Nato-Russland-Rat. Er habe einen Brief an den russischen Außenminister Sergej Lawrow geschickt und die Einladung zur Fortsetzung des Dialogs wiederholt, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Es gehe darum, auf dem diplomatischen Weg voranzukommen.

Die aktuelle Lage an der Grenze zur Ukraine beschrieb Stoltenberg erneut mit düsteren Worten. „Dies ist ein gefährlicher Moment für die europäische Sicherheit“, sagte er. „Die Zahl der russischen Soldaten steigt, die Vorwarnzeit für einen möglichen Angriff wird kürzer.“, sagte der Nato-Generalsekretär am Donnerstag bei einer Pressekonferenz mit dem britischen Premierminister Boris Johnson in Brüssel.

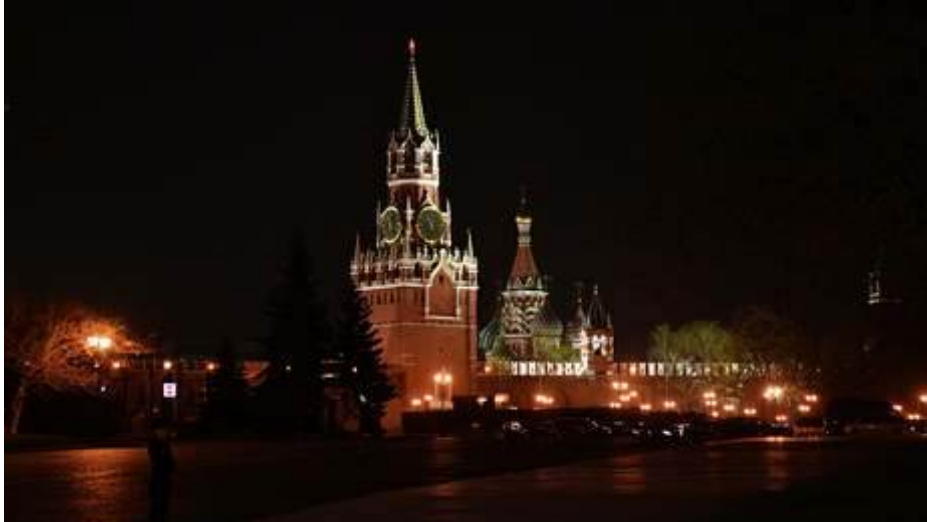
„Der gefährlichste Moment“ seit Jahrzehnten

Johnson warnte, Europa stehe „der gefährlichste Moment“ seit Jahrzehnten bevor. Seiner Ansicht nach hat Russland noch nicht über einen Angriff entschieden. „Aber das heißt nicht, dass ausgeschlossen ist, dass sehr bald etwas absolut Katastrophales geschehen könnte“, sagte der Premierminister. Johnson schloss auch weitere britische Truppenverstärkungen in

Osteuropa nicht aus. Stoltenberg mahnte, weitere russische Aggressionen würden zu mehr Nato-Präsenz führen, nicht zu weniger.

Moskau fordert, eine weitere Nato-Ostererweiterung und insbesondere eine Aufnahme der Ukraine auszuschließen. Zudem verlangt Russland einen Rückzug von Nato-Truppen aus östlichen Bündnisstaaten. Einmarschpläne für die Ukraine werden hingegen regelmäßig dementiert.

Der Nato-Russland-Rat ist das wichtigste Forum für Gespräche zwischen Moskau und dem Militärbündnis. Bei der ersten Tagung seit rund zweieinhalb Jahren hatten sich beide Seiten im Januar rund vier Stunden über den Ukraine-Konflikt und andere aktuelle Streitthemen ausgetauscht. Auf eine Einladung Stoltenbergs zu einer Reihe von weiteren Treffen hat Moskau bislang allerdings noch nicht reagiert.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/47675_0:126:3197:1924_1920x0_80_0_0_f1dc2128892ba145e5a7457affe8e25f.jpg

Wpered.su: **Erklärung des ZK der KP der DVR gegen den Krieg im Donbass**

Am 14. April 2014 entfachte das unrechtmäßige Kiewer Regime einen Angriffskrieg gegen das Volk des Donbass, das friedlich sein Recht auf Selbstbestimmung und eine sichere Entwicklung verteidigte. Dies fügte zu enormen Verlusten unter der Zivilbevölkerung der Region und großflächigen Zerstörungen von Industriekapazitäten und Infrastruktur.

Seit fast acht Jahren halten die Kriegshandlungen im Donbass an. Die systematischen Verletzungen des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite zeugen davon, dass Kiew und die hinter ihm stehenden westlichen Imperialisten sind an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert sind. Es gibt Anzeichen, dass ein breit angelegter Angriff der ukrainischen Seite vorbereitet wird. Der Westen liefert Kiew massiv Angriffswaffen, das ukrainische Kommando verstärkt ununterbrochen seine Gruppierung im Donbass, die diplomatischen Schritte der imperialistischen Staaten sind auf ein Schüren des Konflikts gerichtet. Regelmäßig gehen Informationen über bevorstehende Provokationen gegen die Volksrepubliken ein. Unsere Antwort muss eine Stärkung der internationalen Solidarität der Werktätigen, eine Zusammenarbeit der progressiven Kräfte der Welt sein.

Die Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik ruft alle Bruderparteien und -organisationen auf, Protest gegen das Schüren des Kriegs durch Kiew zu erheben und die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf das soziale Elend, das vom Imperialismus hervorgebracht wird, zu lenken.

Nein zum Krieg im Donbass!

Ja zur Selbstbestimmung der DVR und der LVR!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik

de.rt.com: **Ständiger Vertreter Russlands: Gazprom nicht verpflichtet, Gasexporte in die EU zu erhöhen**

Der russische Konzern Gazprom sieht es nicht als seine Pflicht an, die Gaslieferungen an die EU hochzufahren, sagte der ständige Vertreter Russlands bei der EU Wladimir Tschischow. Damit wies er jegliche Verantwortung Moskaus für die Gasknappheit in Europa zurück.

Angesichts der steigenden Gaspreise bleibt die Nachfrage europäischer Verbraucher nach russischem Erdgas niedrig. Dies gebe Gazprom auch keinen Anlass, sein Angebot zu vergrößern, erklärte der ständige Vertreter Russlands für die EU Wladimir Tschischow im Gespräch mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti am Mittwoch. Er sagte:

"Wenn der Winter härter wäre und die Vorräte schneller erschöpft würden, würden die europäischen Unternehmen natürlich auch bei hohen Preisen zusätzliches Gas kaufen. Bisläng ist der Winter jedoch allgemein mild, sodass es keine Aufträge gibt. Und da es keine Aufträge gibt, gibt es auch keine Lieferungen."

Auf die Frage, ob der russische Energiekonzern sich dazu verpflichtet sehe, angesichts der aktuellen Energiekrise seine Gasexporte an die EU zu erhöhen, antwortete Tschischow:

"Natürlich nicht. Darüber hinaus liefert er tatsächlich einige zusätzliche Mengen des blauen Brennstoffs nach Europa, wenn auch vielleicht nicht so viel, wie manche es sich gewünscht hätten."

Obwohl Gazprom allen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Brüssel vollumfänglich nachkommt, was kürzlich auch der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell bestätigt hatte, wird der Konzern wiederholt beschuldigt, in der EU eine Gasunterversorgung zu schaffen. EU-Vertreter werfen Russland vor, seinen Brennstoff angesichts der zunehmenden Spannungen mit der Ukraine als politische Waffe einzusetzen. Zuletzt hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen behauptet, es gebe zunehmend Anzeichen dafür, dass der Kreml die Gaslieferungen weiterhin als politisches Druckmittel einsetze. Gazproms Lieferpolitik bezeichnete sie als "seltsam".

Der russische Präsident Wladimir Putin hat wiederholt Vorwürfe zurückgewiesen, dass Moskau seine Energieexporte für politische Zwecke manipulierte. Beim internationalen Forum "Russische Energiewoche" im vergangenen Jahr hatte er unter anderem betont, dass Russland seine vertraglichen Verpflichtungen immer eingehalten habe, "selbst in den kompliziertesten Zeiten des Kalten Krieges".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6204ec6bb480cc35cf68df6f.jpg>

snanews.de: **London entsendet Kampfschiffe „zur Unterstützung der Nato“ ins Schwarze Meer**

Der britische Premier Boris Johnson hat Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zugesagt, mehrere Kampfschiffe in das Schwarze und das östliche Mittelmeer zu entsenden.

Europa mache die schlimmste Sicherheitskrise der letzten Jahrzehnte durch, sagte Premierminister Johnson in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Nato-Generalsekretär Stoltenberg am heutigen Donnerstag. Großbritannien erhöhe seine Truppenpräsenz in Polen um 350 Mann, verstärke die Luftverteidigung in Rumänien durch zusätzliche Kampfjets und: „Wir schicken Schiffe in das östliche Mittelmeer und das Schwarze Meer“, so Johnson. Bei den Schiffen handele es sich um hochseetaugliche Patrouillenboote der River-Klasse sowie um Lenkwaffenzerstörer der Daring-Klasse.

Die britische Regierung hatte die Verstärkung ihrer militärischen Aktivitäten früher bereits angekündigt. Dazu zählen nach offiziellen Angaben die Verdoppelung des britischen Truppenkontingents innerhalb der NATO Enhanced Forward Presence in Estland, die Aufstellung eines Kampfjetgeschwaders in Südosteuropa sowie Missionen im Mittelmeer. Darüber hinaus verstärkt Großbritannien seine Truppenpräsenz in Polen.

Grund für die militärische Verstärkung der Nato-Ostflanke ist offiziell die Ukraine-Krise. Westliche Staats- und Regierungschefs beschuldigen Moskau, die Lage an der Ost- und Nordgrenze der Ukraine zu eskalieren. Die Rede ist von einer russischen Aggression. Dass diese im Westen verkündet wird, ist aus russischer Sicht jedoch nur ein Vorwand für die Stationierung westlicher Waffen und Truppen nahe der russischen Grenzen. Das russische Außenministerium bezeichnete die westlichen Aggressionsvorwürfe und die daraus folgende Erklärung, die Ukraine militärisch aufrüsten zu wollen, als ebenso lachhaft wie gefährlich.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0a/5312057_0:256:3073:1985_1920x0_80_0_0_dbdcd10c083cd6078f40706d2243556d.jpg

snanews.de: **Putin zu Unruhen in Kasachstan: Land wurde Opfer internationaler Banden**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei seinem Treffen mit dem Präsidenten Kasachstans, Kassym-Schomart Tokajew, am Donnerstag in Moskau konstatiert, dass internationale Banden die Proteste vom Januar für ihr Eindringen ins Land genutzt hatten. „Wir hatten uns vor dem Jahreswechsel getroffen, nichts deutete damals auf eine solche Entwicklung hin. Nichtsdestoweniger ist die Situation wieder gut gemacht worden. (...) Als eines der OVKS-Mitgliedsländer hat Russland laut Artikel 4 des Vertrages Kasachstan den Rücken gestärkt. Aber die Führung von Kasachstan hat, getreu ihrem Werk, ihrem Eid und dem Volk von Kasachstan, selbstverständlich die Hauptrolle gespielt.

Der russische Staatschef fügte hinzu, dass es noch viel Mühe kosten werde, die Folgen des Geschehenen zu beseitigen, aber das Land stehe fest auf den Beinen.

Tokajew stimmte mit Putin überein. „Tatsächlich hatte es eine sorgfältig vorbereitete Operation von internationalen Terroristen, Banditen gegeben. Sie überfielen Kasachstan mit dem Ziel, vor allem die Verfassungsordnung zu untergraben und selbstverständlich auch einen Staatsstreich zu verüben“, sagte der kasachische Präsident.

Bedauerlicherweise habe es bei Kundgebungen sehr viele Opfer gegeben, zu all diesen Fällen werde jetzt ermittelt und die Schuldigen würden bestraft, sagte Tokajew. Er betonte, dass die OVKS-Friedenstruppen eine wichtige Rolle bei der Beilegung der Krise gespielt hätten.

Unruhen in Kasachstan

In den ersten Tagen des Januar kam es zu Unruhen in Kasachstan. Auslöser der Massenproteste, die schnell in blutige Krawalle umschlugen, war eine drastische Erhöhung der Flüssiggaspreise an den Tankstellen. In der Millionenstadt Almaty gab es Plünderungen, Überfälle auf Einrichtungen und Waffenlager. Daraufhin verhängte der Präsident den Ausnahmezustand und bat die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) um Hilfe im Kampf gegen die „Terroristen“.

Das postsowjetische Militärbündnis, dem neben Kasachstan auch Russland, Weißrussland, Armenien, Kirgisistan und Tadschikistan angehören, schickte umgehend Soldaten in das zentralasiatische Land. Am 13. Januar wurde der Einsatz für beendet erklärt. Am 19. Januar teilte das kasachische Verteidigungsministerium mit, dass alle ausländischen OVKS-Truppen das Land bereits verlassen hätten.

Nach den Januar-Ereignissen sind 695 Strafverfahren eingeleitet worden. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden 4578 Menschen verletzt. 227 Menschen, darunter 19 Sicherheitskräfte, sind ums Leben gekommen. Laut UN-Angaben gab es mindestens 1000 Verletzte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/1c/4837133_0:54:3119:1808_1920x0_80_0_0_715a09785c69b0f9293469e67608c637.jpg

de.rt.com: Außenministerin Truss: Großbritannien erkennt Woronesch und Rostow nicht als Teil Russlands an

Die britische Außenministerin Liz Truss hat während einer Pressekonferenz mit ihrem russischen Amtskollegen Lawrow die Zugehörigkeit der Regionen und Großstädte Rostow und Woronesch zu Russland in Abrede gestellt. Lawrow warf ihr vor, unvorbereitet nach Moskau gereist zu sein.

So fangen Kriege an und für ein paar Minuten schien die Welt heute am Abgrund zu stehen, zum Glück war es nur die geografische Inkompetenz der britischen Außenministerin und wurde auch schnell als ebendiese erkannt.

In den britisch-russischen Verhandlungen am Donnerstag hat die britische Außenministerin Elisabeth Truss erklärt, dass Großbritannien die Millionenstädte Woronesch und Rostow-am-Don und die sie umgebenden Regionen (immerhin ein Gebiet von der halben Fläche Deutschlands) nie als Staatsterritorium der Russischen Föderation anerkannt hat und auch weiterhin nicht anerkennt. Die Botschafterin des Vereinigten Königreiches in Moskau, Deborah Bonnert, musste ihrer Vorgesetzten ins Wort fallen und ihr erklären, dass sowohl die Region Rostow als auch die Region Woronesch seit Jahrhunderten russisches Staatsgebiet

sind.

Bei der an das rund zweistündige Gespräch anschließenden Pressekonferenz herrschte eisige Kälte. Lawrow warf Truss, unvorbereitet nach Moskau gereist zu sein. "Unsere ausführlichen Erläuterungen sind zumindest einmal auf unvorbereiteten Boden gefallen", sagte er mit Bedauern. Noch nie habe er an Verhandlungen teilnehmen müssen, ergänzte der erfahrene Diplomat, die man genauso gut hätte öffentlich führen können: Die britische Delegation habe immer wieder das wiederholt, was die Politiker in London in Medien verkünden. Für die ausführlichen Argumente der russischen Seite sei die britische Delegation unzugänglich gewesen:

"Die Forderung nach dem Abzug der russischen Truppen aus dem russischen Hoheitsgebiet hat sich durch unsere Argumente in keiner Weise geändert. Es ist kein anderer Ton zu hören. Dies ist, gelinde gesagt, bedauerlich. Wenn Sie darauf verweisen, dass Präsident Macron bestätigt hat, dass der russische Präsident Putin ihm gesagt hat, dass es keine Pläne für eine Invasion gibt, kommentiert Truss dies mit der Forderung, man müsse Worte und Taten in Einklang bringen."

Truss erklärte in der Pressekonferenz, Russland müsse seine "offenen Drohungen" gegen die Ukraine einstellen und die Minsker Verträge erfüllen. Lawrow stellte dagegen klar, dass es die ukrainische Seite ist, die erklärt, keine direkten Verhandlungen mit Vertretern der abtrünnigen Regionen führen zu wollen. Der ukrainische Außenminister habe sich gar dazu versteigert zu erklären, dass in den Minsker Verträgen direkte Verhandlungen nicht vorgesehen seien. Lawrow bezeichnete diese Aussage seines ukrainischen Kollegen als Lüge und verglich dies mit der Propaganda von Goebbels. Die ukrainische Seite könne überhaupt nur deshalb so schamlos lügen, weil sie aus Washington, London, Berlin und Paris keinen Widerspruch fürchten muss.

Auf die Frage einer britischen Journalistin, ob die russischen Truppen nach den gemeinsamen Manövern mit Weißrussland in ihre Kasernen zurückkehren werden, antwortete der russische Außenminister, dass dies so üblich sei. Lawrow vermutete, dass das "gesamte Drama und die Tragödie" um die Ukraine vom Westen nur deshalb inszeniert werde, um nach Ende der Manöver behaupten zu können, man habe Russland "zur Räson gebracht". Die westliche Politik "verkaufe damit Luft" konkludierte der Außenminister.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/thumbnail/62053c0bb480cc776852951f.jpg>